

Wirtschaftsweisen lehnen Euro-Finanzminister ab, fordern Regeln für Euro-Austritt

Die Wirtschaftsweisen sprechen sich mehrheitlich dafür aus, die Haushaltsdisziplin von Euroländern vor allem durch die Finanzmärkte überwachen zu lassen. Damit reagiert das Expertengremium auf Forderungen nach einer stärkeren Integration, etwa durch einen gemeinsamen Finanzminister oder eine europäische Wirtschaftsregierung. Es sei "wohl allemal besser, die Finanzmärkte als anonyme Regelungsinanz vorzusehen", sagte der Wirtschaftsweise Lars Feld bei der Vorstellung eines Sondergutachtens zur Eurokrise.

In dem Papier wird das Vertrauen auf die Märkte auch mit dem jüngsten Streit zwischen der griechischen Regierung und den übrigen Ländern um weitere Finanzhilfen begründet. Dieser habe "den politischen und öffentlichen Diskurs zwischen den Mitgliedstaaten stark in Mitleidenschaft gezogen", schreiben die Ökonomen. "Es ist offenbar im europäischen Miteinander ein wesentlicher Unterschied, ob man anonymen Finanzmärkten oder den Steuerzahlern der europäischen Partnerländer die Rückzahlung von Krediten verweigert."

Der Sachverständigenrat wendet sich auch gegen weitere Integrationsvorschläge. Dazu gehört eine sogenannte Fiskalkapazität, die in Krisenzeiten Transfers zwischen den Mitgliedsländern ermöglichen würde oder eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung, die ebenfalls stabilisierend wirken soll. Nach Ansicht der Experten wären solche Schritte nur sinnvoll, wenn die Regierungen der Mitgliedsländer weitere Souveränität abgeben. Dafür fehlten "jedoch die politische Bereitschaft sowie die Aussicht auf eine demokratische Legitimation".

Regierung hat Sympathien für mehr Integration

Die klare Positionierung der Wirtschaftsweisen ist beachtlich. Denn auch in der Bundesregierung gibt es grundsätzlich Sympathien für eine verstärkte Integration. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zeigt sich offen für einen europäischen Finanzminister, der über eine spezielle Steuer einen eigenen Etat bekommen könnte.

Zwar ist angesichts zahlreicher Regelverstöße und fauler Kompromisse in der Vergangenheit fraglich, inwieweit eine verstärkte Zusammenarbeit gelingen kann. Doch mindestens ebenso so sehr wie das Vertrauen in die europäische Politik wurde in den vergangenen Jahren das Vertrauen in die Rationalität der Finanzmärkte erschüttert.

Und so wird die Stoßrichtung des Gutachtens auch nicht von allen Wirtschaftsweisen geteilt. Der Würzburger Ökonom Peter Bofinger hat wie schon häufig ein Sondervotum abgegeben. Darin weist er darauf hin, dass die Finanzkrise wesentlich durch Fehlentscheidungen privater Investoren verursacht wurde. "Es erscheint dabei geradezu paradox, dass Akteure, die vom Staat mit hohen Mitteln gerettet wurden, nun über denselben Staat als Schiedsrichter für eine angemessene makroökonomische Politik eingesetzt werden sollen."

Bofinger kritisiert auch einen Insolvenzmechanismus für Staaten, den die Wirtschaftsweisen bereits seit 2012 fordern. Dieser würde Ländern die Möglichkeit nehmen, Rezessionen mit Konjunkturprogrammen zu bekämpfen. Dass diese funktionieren, habe sich in den Jahren 2009 und 2010 gezeigt, als auch die Bundesregierung milliardenschwere Konjunkturpakete schnürte. Solche Programme nutze auch Spanien, das von den übrigen Wirtschaftsweisen als Erfolgsmodell beschrieben werde, seit 2013 aber keine weiteren Sparanstrengungen unternommen habe.

In ihrem Gutachten fordern die Wirtschaftsweisen als "Ultima Ratio" auch die Möglichkeit, dass ein Land die Eurozone verlässt. Dass sich diese Frage aber nicht strikt nach ökonomischen Kriterien bewerten lässt, zeigt die Haltung der Wirtschaftsweisen zu Griechenland: Sie begrüßen die Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket,

obwohl große Zweifel daran bestehen, dass Griechenland ohne einen zusätzlichen Schuldenschnitt jemals seine Schulden zurückzahlen kann. Feld begründete dies vor allem damit, dass der Verbleib in der Eurozone besser für Griechenland sei. Er räumte aber ein, man müsse die Frage der Mitgliedschaft im Euro "letztlich als Abwägungsprozess sehen.



Die Wirtschaftsweisen sind ein wichtiges Beratungsgremium für Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. (Foto: dpa)